

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und die Bundesagrarministerin Ilse Aigner sind sich einig: Bevor man sich als Politiker an die eigene Nase fasst, sollte man immer erst einmal mit lautem Geschrei andere beschuldigen. Und was läge da näher, als die üblichen Verdächtigen zu den Buhmännern des Welternährungsproblems zu erklären: Spekulanten treiben angeblich die Preise an den Rohstoffmärkten in die Höhe, Banker spielten Preisroulette auf Kosten der Armen. Sarkozy und Aigner wollen den Hunger wegregulieren.

Blanker Unsinn. Finanzakteure handeln mit Bezugsrechten oder Abnahmeverpflichtungen zukünftiger Bestände. Die Mengen der physischen Agrarrohstoffe verändern sich durch die Aktivität der Finanzakteure nicht. Ein Terminkontrakt bestimmt nur, wer im Sommer Eigentümer der Ernte ist, nicht wie groß die Ernte ausfällt. Die Ware selbst wird gewöhnlich nicht transferiert, es wird lediglich die Differenz des vorher vereinbarten und des zum Zeitpunkt der Ernte herrschenden Preises gezahlt.

Warenterminkontrakte für Nahrungsmittel gehören zu den ältesten Börsen überhaupt. Ihre begrüßenswerte volkswirtschaftliche Funktion liegt darin, die Preisbildung der realen Märkte vorwegzunehmen und den realwirtschaftlich tätigen Akteuren eine Absicherung gegen Preisrisiken zu ermöglichen.

Forum

Hunger stillt man nicht durch Regulierung

Auf den internationalen Agrarmärkten schafft der Freihandel einen Ausgleich, nicht der Protektionismus

Von Steffen J. Roth

Wenn die Spekulanten gewinnorientierte Händler und nicht wahnsinnige Hasardeure sind, sollten ihre Preiservartungen ernst genommen werden. Solange man nicht ernsthaft vermutet, dass die Spekulanten die Erwartungen der anderen manipulieren oder gar die faktischen Ernteerträge sabotieren, sind Finanzmarktakteure nicht die Verursacher von Marktungleichgewichten, sondern nur die frühzeitigen Boten.

Ohne entsprechende Fundamentaldaten gehen die Werten der Spekulanten ins Leere. Wenn der vereinbarte Zeitpunkt zur Erfüllung des Terminkontrakts gekommen ist, gelten die Preise der Spotmärkte. Entweder die Finanzmarktakteure hatten recht, und die Preise der physischen Nahrungsmittelrohstoffe sind gestiegen, dann hätte man bes-

ser auf die Signale der Future-Märkte geachtet. Oder die Spekulanten haben sich getäuscht und zahlen die Zeche. Sie werden den echten Weizen aber dennoch nicht selbst aufessen oder verschimmeln lassen. Auch einem Ausbau der Lagerkapazitäten sind Grenzen gesetzt. Der Preis für Weizen wird zum Zeitpunkt der Ernte wie an jedem physischen Markt bestimmt: Er findet sich im Schnittpunkt von Angebot und Nachfrage.

Wenn Spekulanten überhaupt die Preise ohne zugrunde liegende Fundamentaldaten treiben, dann allenfalls in der Spitze der Preisausschläge. Hier kommen Spieler zum Zuge, die im Sinne des berechtigten Herdentriebverhaltens ohne eigene Informationen agieren. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir nach der Internet- und der Immobilien-Blase

nun eine Blasenbildung auf den Rohstoffmärkten erleben. Dabei lässt sich die Verantwortung einer Geldpolitik, die die Märkte mit Liquidität flutet, wohl kaum leugnen. Bei Nahrungsmitteln könnte die Blase aber nur aufgepumpt werden, wenn die Lagerbestände aufgebaut würden. Das ist nicht der Fall.

Es gibt reale Gründe für steigende Preise. Zum Beispiel die Dürre in Russland und der Ukraine im vorigen Jahr sowie die Überschwemmungen in Australien. Ausgeprägte Trockenheit in Südamerika und dem Westen der USA sowie zu große Nässe in Kanada kommen erschwerend hinzu. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer reduziert das Angebot: Der mit der zunehmenden Nachfrage nach Erdöl einhergehende Preisanstieg bei Diesel und Düngemitteln verteuert die Produktion von Nahrungsmitteln ebenso wie die zunehmende konkurrierende Flächennutzung.

Auf der Nachfrageseite schlägt das Wachstum der Erdbevölkerung zu Buche. Aber auch die veränderten Ernährungsgewohnheiten der neuen indischen und chinesischen Mittelschicht erhöhen die Nachfrage. China hat seinen Fleischkonsum in den vergangenen 25 Jahren verdreifacht. Und mit der Menge an Getreide, die zur Herstellung eines mittleren Rindersteaks in Deutschland benötigt wird, könnten 40 bis 50 Menschen gesättigt werden. Zudem konkurriert die

Nahrungsmittelproduktion mit der bereits aus klimapolitischer Perspektive höchst fragwürdigen Förderung von Bio-Treibstoff. In den USA geht bereits mehr als ein Viertel der gesamten Getreideproduktion in die Ethanolherstellung. Auch deutsche Pkw-Nutzer konkurrieren mit Lebensmittelnachfragern: Der Kraftstoff E 10 enthält zu zehn Prozent Ethanol, das aus Zuckerrohr und Mais hergestellt wird.

Die Hungerleidenden haben kaum eine Chance, europäische und US-amerikanische Autofahrer oder Steakliebhaber zu überbieten. Zu groß sind die Unterschiede im verfügbaren Einkommen. Kurzfristig hilft deshalb nur, die Hungernden vorübergehend mit ausreichender Kaufkraft auszustatten. Die dazu erforderliche Umverteilung wird auch 2011 Aufgabe und Gewissensprüfstein



Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Foto: privat

der, relativ gesehen, Wohlhabenden sein. Deutschland hatte versprochen, 0,7 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungshilfe zu investieren. Gerade die Hälfte davon fließt bisher tatsächlich. Mit Regulierung wird man den Hunger jedenfalls nicht stillen.

Mittelfristig sind Sarkozy, Aigner und andere Politiker sehr wohl aufgefordert, sich an die eigene Nase zu fassen. Bei bloßen Transferzahlungen darf es nicht bleiben. Nicht nur die Förderung von Bio-Kraftstoffen sollte man dringend überdenken. Noch schlimmer wirkt eine protektionistische Agrarmarktpolitik. Mittel- und langfristig sind die noch immer auf Überproduktion gerichteten Marktingriffe in der EU mindestens so schädlich wie die Exportbeschränkungen, die beispielsweise Russland und die Ukraine verhängen. Denn auch wenn auf physischen Märkten nicht launige Spekulanten, sondern reales Angebot und Nachfrage den jeweiligen Preis bestimmen, haben steigende Preise natürlich umgekehrt einen Effekt auf Angebot und Nachfrage. Während die EU-Exportsubventionen und die Flutung der Weltmärkte mit Lebensmitteln zu Dumpingpreisen es Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern schwer machen, eine Existenz aufzubauen, lohnt sich bei steigenden Weltmarktpreisen tendenziell eine Ausdehnung der Produktion. Nicht mehr Regulierung, sondern mehr Freihandel wäre notwendig.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und die Bundesagrarrministerin Ilse Aigner sind sich einig: Bevor man sich als Politiker an die eigene Nase fasst, sollte man immer erst einmal mit lautem Geschrei andere beschuldigen. Und was läge da näher, als die üblichen Verdächtigen zu den Buhmännern des Welternährungsproblems zu erklären: Spekulanten treiben angeblich die Preise an den Rohstoffmärkten in die Höhe, Banker spielten Preisroulette auf Kosten der Armen. Sarkozy und Aigner wollen den Hunger wegregulieren.

Blanker Unsinn. Finanzakteure handeln mit Bezugsrechten oder Abnahmeverpflichtungen zukünftiger Bestände. Die Mengen der physischen Agrarrohstoffe verändern sich durch die Aktivität der Finanzakteure nicht. Ein Terminkontrakt bestimmt nur, wer im Sommer Eigentümer der Ernte ist, nicht wie groß die Ernte ausfällt. Die Ware selbst wird gewöhnlich nicht transferiert, es wird lediglich die Differenz des vorher vereinbarten und des zum Zeitpunkt der Ernte herrschenden Preises gezahlt.

Warenterminmärkte für Nahrungsmittel gehören zu den ältesten Börsen überhaupt. Ihre begrüßenswerte volkswirtschaftliche Funktion liegt darin, die Preisbildung der realen Märkte vorwegzunehmen und den realwirtschaftlich tätigen Akteuren eine Absicherung gegen Preisrisiken zu ermöglichen.

nun eine Blasenbildung auf den Rohstoffmärkten erleben. Dabei lässt sich die Verantwortung einer Geldpolitik, die die Märkte mit Liquidität flutet, wohl kaum leugnen. Bei Nahrungsmitteln könnte die Blase aber nur aufgepumpt werden, wenn die Lagerbestände aufgebaut würden. Das ist nicht der Fall.

Es gibt reale Gründe für steigende Preise. Zum Beispiel die Dürre in Russland und der Ukraine im vorigen Jahr sowie die Überschwemmungen in Australien. Ausgeprägte Trockenheit in Südamerika und dem Westen der USA sowie zu große Nässe in Kanada kommen erschwerend hinzu. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer reduziert das Angebot: Der mit der zunehmenden Nachfrage nach Erdöl einhergehende Preisanstieg bei Diesel und Düngemitteln verteuert die Produktion von Nahrungsmitteln ebenso wie die zunehmende konkurrierende Flächennutzung.

Auf der Nachfrageseite schlägt das Wachstum der Erdbevölkerung zu Buche. Aber auch die veränderten Ernährungsgewohnheiten der neuen indischen und chinesischen Mittelschicht erhöhen die Nachfrage. China hat seinen Fleischkonsum in den vergangenen 25 Jahren verdreifacht. Und mit der Menge an Getreide, die zur Herstellung eines mittleren Rindersteaks in Deutschland benötigt wird, könnten 40 bis 50 Menschen gesättigt werden. Zudem konkurriert die

Forum

Hunger stillt man nicht durch Regulierung

Auf den internationalen Agrarmärkten schafft der Freihandel einen Ausgleich, nicht der Protektionismus

Von Steffen J. Roth

Wenn die Spekulanten gewinnorientierte Händler und nicht wahnsinnige Hasardeure sind, sollten ihre Preiserwartungen ernst genommen werden. Solange man nicht ernsthaft vermutet, dass die Spekulanten die Erwartungen der anderen manipulieren oder gar die faktischen Ernteerträge sabotieren, sind Finanzmarktakteure nicht die Verursacher von Marktungleichgewichten, sondern nur die frühzeitigen Boten.

Ohne entsprechende Fundamentaldaten gehen die Wetten der Spekulanten ins Leere. Wenn der vereinbarte Zeitpunkt zur Erfüllung des Terminkontrakts gekommen ist, gelten die Preise der Spotmärkte. Entweder die Finanzmarktakteure hatten recht, und die Preise der physischen Nahrungsmittelrohstoffe sind gestiegen, dann hätte man bes-

ser auf die Signale der Future-Märkte geachtet. Oder die Spekulanten haben sich getäuscht und zahlen die Zeche. Sie werden den echten Weizen aber dennoch nicht selbst aufessen oder verschimmeln lassen. Auch einem Ausbau der Lagerkapazitäten sind Grenzen gesetzt. Der Preis für Weizen wird zum Zeitpunkt der Ernte wie an jedem physischen Markt bestimmt: Er findet sich im Schnittpunkt von Angebot und Nachfrage.

Wenn Spekulanten überhaupt die Preise ohne zugrunde liegende Fundamentaldaten treiben, dann allenfalls in der Spitze der Preisausschläge. Hier kommen Spieler zum Zuge, die im Sinne des berechtigten Herdentriebverhaltens ohne eigene Informationen agieren. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir nach der Internet- und der Immobilien-Blase

Nahrungsmittelproduktion mit der bereits aus klimapolitischer Perspektive höchst fragwürdigen Förderung von Bio-Treibstoff. In den USA geht bereits mehr als ein Viertel der gesamten Getreideproduktion in die Ethanolherstellung. Auch deutsche Pkw-Nutzer konkurrieren mit Lebensmittelnachfragern: Der Kraftstoff E 10 enthält zu zehn Prozent Ethanol, das aus Zuckerrohr und Mais hergestellt wird.

Die Hungerleidenden haben kaum eine Chance, europäische und US-amerikanische Autofahrer oder Steakliebhaber zu überbieten. Zu groß sind die Unterschiede im verfügbaren Einkommen. Kurzfristig hilft deshalb nur, die Hungernden vorübergehend mit ausreichender Kaufkraft auszustatten. Die dazu erforderliche Umverteilung wird auch 2011 Aufgabe und Gewissensprüfstein



Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Foto: privat

der, relativ gesehen, Wohlhabenden sein. Deutschland hatte versprochen, 0,7 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungshilfe zu investieren. Gerade die Hälfte davon fließt bisher tatsächlich. Mit Regulierung wird man den Hunger jedenfalls nicht stillen.

Mittelfristig sind Sarkozy, Aigner und andere Politiker sehr wohl aufgefordert, sich an die eigene Nase zu fassen. Bei bloßen Transferzahlungen darf es nicht bleiben. Nicht nur die Förderung von Bio-Kraftstoffen sollte man dringend überdenken. Noch schlimmer wirkt eine protektionistische Agrarmarktpolitik. Mittel- und langfristig sind die noch immer auf Überproduktion gerichteten Markteingriffe in der EU mindestens so schädlich wie die Exportbeschränkungen, die beispielsweise Russland und die Ukraine verhängen. Denn auch wenn auf physischen Märkten nicht launige Spekulanten, sondern reales Angebot und Nachfrage den jeweiligen Preis bestimmen, haben steigende Preise natürlich umgekehrt einen Effekt auf Angebot und Nachfrage. Während die EU-Exportsubventionen und die Flutung der Weltmärkte mit Lebensmitteln zu Dumpingpreisen es Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern schwer machen, eine Existenz aufzubauen, lohnt sich bei steigenden Weltmarktpreisen tendenziell eine Ausdehnung der Produktion. Nicht mehr Regulierung, sondern mehr Freihandel wäre notwendig.